

# 32. Parteitag der CDU Deutschlands

22. bis 23. November 2019, Leipziger Messe

**CDU**

## Nachhaltigkeit, Wachstum, Wohlstand – die Soziale Marktwirtschaft von Morgen

Beschluss des 32. Parteitags der CDU Deutschlands

# NACHHALTIGKEIT, WACHSTUM, WOHLSTAND – DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT VON MORGEN

## I. Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage für unseren Erfolg als innovative, leistungsfähige und nachhaltige Volkswirtschaft. Die Bundesrepublik Deutschland hat von jahrzehntelanger politischer Stabilität profitiert. Die dritte Generation in Folge wächst derzeit in einer Demokratie und umfassendem Wohlstand auf. Das ist in unserer Geschichte einmalig und der beste Beweis für die Stärke unserer Sozialen Marktwirtschaft. Als freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung hat sie auch 70 Jahre nach Beschluss der Düsseldorfer Leitsätze, die wichtige Grundprinzipien des Modells festschreiben, Bestand. Denn die Soziale Marktwirtschaft hat sich in vielen herausfordernden Situationen als anpassungsfähig erwiesen, ohne das Grundprinzip von Freiheit und sozialem Ausgleich aufzugeben. Die Grundsätze und Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft geben mit der Effizienz von Markt und Wettbewerb Freiräume und Anreize für Innovationen, Leistung und Eigenverantwortung vor. Dies verbinden sie mit sozialem Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit sowie einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Auf dieser Grundlage haben Bildungsanstrengungen, Fleiß, Leistung, Verantwortungsbereitschaft und Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft deutscher Unternehmer und Unternehmen zu großem wirtschaftlichen Fortschritt in Verbindung mit gesellschaftlichem Wohlstand geführt. Und sie haben soziale Sicherheit auf hohem Niveau sowie beispielhaften ökologischen Fortschritt ermöglicht.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Dazu werden wir auch in Zukunft Wirtschaftskompetenz mit praktischer Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt verbinden. Dabei setzen wir auf Anreize statt Verbote, auf Freiheit statt Bevormundung, auf Freiräume statt Gängelung, auf Vertrauen in die Menschen statt auf Misstrauens- und Kontrollgesetzgebung, auf Ordnungsrahmen statt Einzelfallregelungen und staatliche Interventionen. Gerade in einer Zeit wachsender Unsicherheit und Risiken gestalten wir die Grundlagen für zukünftiges Wachstum und Innovationen, die neuen Wohlstand für alle, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fortschritte für Umwelt und Klima mit sich bringen.

Unsere Politik ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet. Im Bund, in den Ländern sowie in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen lassen wir uns nicht von kurzfristigen Umfragen, Stimmungen und Partikularinteressen leiten, sondern von den langfristigen Wirkungen unserer Politik zum Wohle der Menschen und damit von nach ihrer Nachhaltigkeit. Für uns Christdemokraten hat das Prinzip der Nachhaltigkeit drei Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Diese Bereiche sind teilweise bereits im Grundgesetz verankert: die Ökologie durch den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; die Ökonomie über die Gewährung des Eigentumsschutzes und die Schuldenbremse; das Soziale mit dem Sozialstaatsprinzip. Als auf christlichen Werten basierende Volkspartei ist es unser Auftrag, stets den Ausgleich zwischen diesen drei Dimensionen zu finden. Wir wollen den Grundsatz der

Nachhaltigkeit zum Staatsziel machen. Denn nachhaltiges Handeln und die Bewahrung der Schöpfung sind für uns zentrale Ziele im Sinne der Generationengerechtigkeit: Wir dürfen nicht auf Kosten anderer leben – und heute nicht auf Kosten von morgen. Wir wollen eine Entwicklung, die uns, genauso wie unseren Kindern und Enkeln, ein Leben in Wohlstand und gesunder Umwelt ermöglicht. Das ist nicht zuletzt ein Auftrag, der sich für uns aus der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik ergibt: Sie sehen den Menschen im Mittelpunkt der Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ordnungsstrukturen. Wichtiger Ordnungsrahmen sind für uns die international vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele, die unter maßgeblicher Beteiligung der CDU-geführten Bundesregierung entwickelt wurden. Vor allem in der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik bringt die Aufstellung unserer Lebensweise für die Zukunft große Aufgaben mit sich. Zur Lösung dieser Aufgaben wollen wir uns an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft als Leitplanken orientieren. Denn Soziale Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit gehören für uns zusammen.

## **II. Herausforderungen**

Wir stehen in Deutschland und Europa vor einer Vielzahl drängender Herausforderungen: die Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung wird greifbar; wichtige ökologische Fragen verlangen die richtigen politischen Antworten; wichtige Wirtschaftszweige und damit viele Arbeitsplätze stehen vor erheblichen Veränderungen durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und technologischen Wandel. Unsere Erfolge der Vergangenheit, die auf großer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit beruhen, sind für die Zukunft nicht automatisch gegeben. Wir müssen die sich daraus ergebenden Herausforderungen annehmen, wenn wir unser Wohlstandsmodell auch für die Zukunft behaupten möchten.

Für Entwicklung brauchen wir Wirtschaftswachstum. Ohne Wachstum lassen sich weder soziale noch ökologische Probleme lösen. Wirtschaftswachstum bildet die Grundlage sowohl für soziale Sicherheit als auch für Investitionen in klima- und umweltfreundliche Technologien und Gebäude sowie eine moderne Infrastruktur. Wachstum im globalen Maßstab brauchen wir für eine gerechtere Welt, damit alle Menschen Zugang zu Bildung, guter Ernährung, medizinischer Versorgung und einem menschenwürdigen Lebensstandard haben. Für uns ist klar: Nachhaltigkeit, Wachstum und Wohlstand sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Das Wirtschaftswachstum der Zukunft muss ein ressourcenschonendes sein und auf eine umfassende Kreislaufwirtschaft zielen. Wir müssen Ressourcen bewusst gebrauchen und im Kreislauf halten, anstatt diese mit hohen Folgekosten zu verbrauchen. Unsere Aufgabe ist die Entkopplung der Wertschöpfung und Wirtschaftsleistung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung. Wir brauchen nicht nur mehr Wachstum, sondern qualitatives Wachstum, das darauf ausgerichtet ist, „Besseres“ zu produzieren. Dafür brauchen wir Produktivität genauso wie Kreativität und Innovation. Produktivität ist für Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch effiziente Ressourcenverwendung entscheidend, national wie international. Wir müssen schneller werden und Freiraum für Innovationen entwickeln.

Die Belebung von Wirtschaft und Wachstum wird nur dann nachhaltig gelingen, wenn wir uns im Standortwettbewerb durch vereinfachte Planungen, schnelle Genehmigungsverfahren sowie schlanke und nachvollziehbare Regelungen verbessern. Hier sind wir als Politik in der Verantwortung, durch Modernisierung und Bürokratieabbau Rahmenbedingungen zu schaffen, um die großen wirtschaftlichen Kräfte unseres Landes zu nutzen und Potenziale für Wachstum freizusetzen.

Auch die globalen Wachstumsperspektiven sind in Gefahr: Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns Wohlstand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Stattdessen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen wieder häufiger Gegenstand protektionistischen Vorgehens. Das internationale System offener Märkte und freien Handels steht in Frage. Das Vertrauen in multilaterale und supranationale Organisationen und außenpolitische Partnerschaften ist geschwächt. Die globale Ordnungspolitik ist herausgefordert wie lange nicht mehr, Risiken und Verwerfungen drohen. Kurzum: Die internationale (Freihandels-)Ordnung erodiert.

Gleichzeitig ergibt sich durch die Digitalisierung technologischer Fortschritt, der mit einem weitreichenden wirtschaftlichen Strukturwandel einhergeht. Etablierte Geschäftsmodelle werden von schnellen Innovationszyklen und neuen Formen der Wertschöpfung abgelöst. Zugleich finden politische und wirtschaftliche Machtverschiebungen durch den Aufstieg neuer Akteure statt. Diese bringen zwar auch neue Absatzmärkte für den deutschen Export mit sich, aber zugleich agieren sie selbst mit Geschäftsmodellen, hinter denen staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen stehen. Nicht selten können sie sich als internationale Wettbewerber auf umfassende Subventionen durch ihren Heimatstaat verlassen. Damit geht ein neuer Systemwettbewerb zwischen diesen staatlich gelenkten Volkswirtschaften, rein marktliberalen Volkswirtschaften, die weitestgehend auf den ungeordneten Markt bauen, sowie Volkswirtschaften, die auf die Soziale Marktwirtschaft vertrauen, einher. Renationalisierungen, Populismus einschließlich gezielter Falschinformationen, und autoritäre Modernisierungsmodelle, die vermeintlich erfolgreich sind, finden Akzeptanz. Solche illiberalen Ansätze fordern unsere freiheitlich-demokratische Ordnung offensiv heraus. Dies wirft die Frage nach dem richtigen Weg auf. Unsere Antwort darauf war und ist eine freiheitliche Grundordnung auf Basis christlicher Werte, die auf die Kräfte des Marktes baut, im Sinne des Gemeinwohls Grenzen und Regeln schafft und solidarisch ist.

Wir stehen als Menschheit vor der großen klimapolitischen Herausforderung – der globalen Erwärmung. Sie geht in ihrer Höhe und Geschwindigkeit auf ein in der Menschheitsgeschichte bisher ungekanntes Niveau zu. Dahinter stehen im Wesentlichen die vom Menschen verursachten zusätzlichen globalen Treibhausgasemissionen. Sie sind heute doppelt so hoch noch wie in den 1980er Jahren und können durch den natürlichen Kreislauf in dieser Dimension nicht wieder aufgenommen werden. Zudem drohen Kipppunkte, die Folgeprozesse in Gang bringen und unumkehrbar machen können. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass sie zusätzlich Treibhausgase freisetzen und die Erwärmung beschleunigen

können, wie etwa das Tauen der Permafrostböden; die Erwärmung der Ozeane und der Verlust von Mooren. Zudem sehen wir, dass wichtige Naturräume wie der Regenwald, der Kohlenstoff binden kann, in schnellem Tempo zerstört werden. Dadurch sind die elementaren Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht. Als CDU treten wir deshalb für wirksamen, erfolgreichen und nachhaltigen Klimaschutz in Deutschland, Europa und in der Welt ein. Wir müssen das Pariser Klimaabkommen weltweit mit Leben erfüllen und Treibhausgasneutralität global erreichen. In Deutschland wollen wir das bis 2050 schaffen.

### **III. Zukunftsland Deutschland**

Um als Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb weiterhin eine bedeutende Rolle zu spielen, müssen wir die Standortbedingungen stets überprüfen und weiterentwickeln. Dabei ist auch auf die Stärkung und Entwicklung strukturschwächerer Regionen zu achten. Für die Ansiedlung von Unternehmen und Spitzenkräften spielen Faktoren wie die Verfügbarkeit und Gewinnung qualifizierter Fachkräfte, die Bereitstellung moderner Infrastruktur, die Verfügbarkeit und Exzellenz von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, bezahlbare Energiekosten und die Verständlichkeit des Steuersystems, die Steuerhöhe sowie steuerliche Anreize eine wichtige Rolle. Darüber hinaus sind auch Faktoren wie die Durchlässigkeit von Bildungssystem und Arbeitsmarkt, die Qualität staatlicher Dienstleistungen und der sozialen Infrastruktur – wie Kindergärten und Schulen, staatliche Gesundheitsversorgung, des ÖPNV usw. – aber auch der gesellschaftliche und soziale Frieden bedeutend. So sind Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung essenzielle Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft und wichtig für den starken Wirtschaftsstandort Deutschland. In allen Bereichen sind Anstrengungen nötig und Verbesserungen möglich, mit denen der Standort Deutschland weiterhin international führend bleiben kann.

Standortstärke durch Wettbewerb und ehrliche Preise Wesentliche Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit ist eine funktionierende Wettbewerbsordnung. Das in Deutschland und Europa geltende Wettbewerbsrecht stellt daher eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Errungenschaften dar. Angetrieben durch den intensiven, aber fairen Wettbewerb innerhalb Europas sind eine Vielzahl von zum Teil hochspezialisierten Unternehmen – die sogenannten hidden champions – entstanden, die international aufgrund ihrer Qualität, und nicht primär wegen ihrer Größe, durchsetzungsfähig sind. Eine solche von Diversität geprägte Wirtschaftsstruktur erhöht überdies die volkswirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und hat auch dazu beigetragen, dass der deutsche Industrieanteil nach wie vor wesentlich höher als beispielsweise in den USA ist. Die Basis für eine zukunftsorientierte Standortpolitik muss daher die Ermöglichung und Förderung von Wettbewerb bleiben – ein Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen nicht zuletzt auch dazu eine viel intensivere europäische Zusammenarbeit, denn wir wollen in wichtigen Zukunftsbereichen zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit beste europäische Lösungen. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand in Europa. Wir wollen Strukturreformen, die Barrieren im Binnenmarkt abbauen und damit den fairen

Wettbewerb stärken. Wir wollen einen echten gemeinsamen europäischen Markt mit starken Unternehmen insbesondere für die Schlüsselbereiche der Digitalwirtschaft, des Energiesektors und des Kapitalmarkts. Dazu brauchen wir europaweit einheitliche Standards und Marktregeln, damit sich der Europäische Binnenmarkt zukunftsfähig weiterentwickeln kann.

Insbesondere in Zeiten des Strukturwandels ist Wettbewerb das entscheidende „Entdeckungsverfahren“ für Innovationen. Um dies in Gang zu setzen ist ein verlässlicher, transparenter und fairer Rechtsrahmen notwendig. Diesen gilt es da anzupassen, wo er den Wettbewerb zulasten der Konsumenten unnötig beschneidet. Ordnungspolitische Aufgabe ist es, sich über den zwar verständlichen Ruf etablierter Akteure nach regulatorischem Schutz vor unliebsamem Wettbewerb hinwegzusetzen und Barrieren, die bestehende Geschäftsmodelle vor fairem Leistungswettbewerb schützen, konsequent abzubauen. Nur so kann den ortsansässigen Akteuren der Freiraum gegeben werden, eigene Innovationen zu entwickeln und damit auf dem internationalen Markt erfolgreich zu sein. So kann der Wettbewerb zum Innovationstreiber werden – dies ist oftmals besser als jede zentral entwickelte Strategie. Bemühungen zum Schutz des Wettbewerbs insbesondere im Bereich von Online-Plattformen sollten sich vor allem auf die Sicherung der Bestreitbarkeit von Märkten, den Schutz von Innovationen und die konsequente Unterbindung missbräuchlichen Verhaltens konzentrieren. Zu prüfen wäre beispielsweise, wie künftig der systematische Aufkauf von Startups, die sich zu potenziellen Wettbewerbern entwickeln könnten, durch große Unternehmen wettbewerbsrechtlich behandelt werden soll.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wettbewerbsordnung und Wettbewerbsfähigkeit ist ein funktionierender Preismechanismus. Dieser sollte auch externe Kosten internalisieren, da sich sonst räumliche wie zeitliche Verzerrungen ergeben. Bislang funktioniert ein solcher Mechanismus beim Nutzen und Schädigen der Umwelt nicht. Ab- und Treibhausgase sowie Abfälle werden noch immer weltweit in zu vielen Bereichen ohne Preis in unsere Atmosphäre und Landschaft geleitet und verursachen dennoch immense Kosten. Diese Kosten in Zukunft überall einzupreisen ist eine der wichtigsten Gestaltungsaufgaben der Politik. Für die Integration eines solchen Mechanismus auf internationaler Ebene setzen wir uns mit Blick gerade auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und unseres eigenen Anspruches an die Preisbildung ein. Marktwirtschaftliche Instrumente sind dabei Vorboten überlegen, denn sie sind flexibel, wirken gezielt in Abhängigkeit von der Stärke der Umweltbelastung, lassen Unternehmen und Verbrauchern Handlungsspielräume und stoßen Innovationen an. Dies gilt umso mehr, wenn sie möglichst sektor- und grenzüberschreitend angewendet werden. Innovationen können dabei durch effiziente, möglichst technologieoffene Maßnahmen und Anreize, im Besonderen auch durch Steuerentlastungen, vorangebracht werden. Für die Akzeptanz eines solchen Vorgehens sehen wir die Rückgabe der staatlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen als geboten an. Dies sollte so erfolgen, dass sich einerseits Lenkungswirkung entfalten kann und andererseits soziale Haltelinien gezogen werden. Alle zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung kommen

Klimaschutzfördermaßnahmen zugute oder werden als Entlastung den Bürgern zurückgegeben. Wir müssen Marktmechanismen und Bepreisungsinstrumente wie den Emissionshandel national, europäisch und international weiter ausbauen. Denn dieser limitiert mit verbindlichen Obergrenzen die CO<sub>2</sub>-Emissionen und gibt diesen Emissionen einen marktgerechten Preis. Zur Weiterentwicklung des nationalen Emissionshandels Gebäude und Verkehr soll dieser schrittweise in einen sektorenübergreifenden europäischen Emissionshandel integriert werden können. Wenn ein marktgerechter Preis international nicht zügig umgesetzt werden kann, sind Grenzausgleichsmaßnahmen zu prüfen und unter Umständen bei Verhandlungen künftiger Handelsabkommen zu berücksichtigen, um die Verlagerung von Produktion und Emissionen in Drittstaaten zu verhindern. Ökonomisch und ökologisch ehrliche Preise wollen wir auch im Verkehrsbereich umsetzen, wo zum Beispiel auch die stärkere Nutzung der Infrastruktur und die Belastung der Umwelt eingepreist werden müssen. Ebenso eignet sich die Kreislaufwirtschaft dazu, mit einem besseren Bepreisungsmechanismus ausgestattet zu werden, um eine ressourcenschonende Produktion anzureizen.

### **Internationale Ordnung für Handel, Wettbewerb, Ressourcen und Frieden**

Wir werden auf die internationale Herausforderung fairer Wettbewerbsbedingungen nicht durch Beschränkung unserer in weiten Bereichen erfolgreichen Wettbewerbsordnung reagieren. Wir wollen weder die Lockerung unseres erfolgreichen deutschen und europäischen Wettbewerbsrechts noch wollen wir in einen kaum zu gewinnenden Subventionswettbewerb mit Ländern wie China treten. Vielmehr geht es darum, einen wirksamen Schutz vor globalen Wettbewerbsverzerrungen zu schaffen, ohne dabei die hiesigen Wettbewerbsprozesse zu untergraben und in protektionistische Reflexe zu verfallen. Dies gilt auch mit Blick auf die Tatsache, dass Deutschlands Unternehmen, insbesondere Mittelständler, nicht nur im internationalen Wettbewerb stehen. Weil sie so erfolgreich sind, sind sie für ausländische Investoren interessant. Gerade im Fall von Investitionsprojekten ausländischer Staatskonzerne müssen wir hier passende Antworten entwickeln. Insgesamt brauchen wir eine Verzahnung von Handelsschutzmaßnahmen mit wettbewerbsrechtlichen Instrumenten. Überlegenswert ist beispielsweise, Anti-Dumping-Zölle stärker an das Vorliegen von Verdrängungsstrategien und Monopolstellungen zu knüpfen. Europäische Handelspolitik sollte konsequent auf Verbesserungen beim Marktzugang für Güter und Dienstleistungen hinarbeiten, um Hemmnisse für europäische Unternehmen auf Drittmärkten abzubauen. Denn unser Ziel ist freier und fairer multilateraler, regelbasierter Handel, der Wohlstandsperspektiven für alle eröffnet und der nicht auf Kosten der Umwelt wirkt. Bei Handelsvereinbarungen soll es zukünftig, neben oft schon berücksichtigten Regelungen zu Arbeit, zunehmend auch verbindliche Vereinbarungen zu Umwelt und Klima geben. Dazu gehören zum Beispiel die Umsetzung multilateraler Umweltübereinkommen und des Pariser Klimaabkommens ebenso wie Schutzmaßnahmen gegen Entwaldung und Regenwaldrodung. Auch die nachhaltige Gestaltung von Lieferketten muss in internationalen Vereinbarungen zum Handel stärker berücksichtigt werden.

Globales Produzieren und Wirtschaften beruht auf dem Zugang zu relevanten Ressourcen. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Rohstoffpolitik, in der ein effektives Recycling eine

stärkere Rolle spielt. Mit Recycling und ergänzender Rohstoffbeschaffung bzw. -importen muss die Versorgung, insbesondere mit Blick auf die für wichtige Zukunftstechnologien notwendigen Rohstoffe, gesichert werden. Protektionismus auf den internationalen Rohstoffmärkten muss abgebaut werden. Immer häufiger zeigen Konflikte die engen Zusammenhänge zwischen Sicherheit, Frieden, Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, Migration sowie Ernährungssicherheit. Ihre Ursachen sind vielfältig und komplex, häufig geht es jedoch auch um wirtschaftliche Chancen und den Kampf um knapper werdende Ressourcen. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf Europa und fordert von uns einen klugen Beitrag zu Lösungen. Deshalb werden wir Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik noch stärker verzahnen. Sie muss die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit, die Sicherheit des Individuums als „Human Security“, die Ernährungssicherheit und den Umwelt- und Ressourcenschutz umfassend einbeziehen. So kann sie einen wichtigen Beitrag zur Friedenspolitik leisten. Die Einsatzmöglichkeiten von sicherheits-, außen- und entwicklungspolitischen Mitteln müssen so koordiniert werden, dass sie zur Stabilisierung demokratischer und die Menschenrechte wahrender Strukturen und Regierungen von Staaten dienen und zu deren nachhaltiger Entwicklung beitragen.

### **Innovationsexzellenz**

Zentrale Bausteine einer erfolgreichen Standortpolitik sind gute Rahmenbedingungen für die Entstehung und Förderung von Innovationen, für forschenden Erfindungsgeist und unternehmerischen Tatendrang. Wir haben den Anspruch internationaler Methodenführerschaft bei der kosteneffizienten und erfolgreichen Gestaltung nachhaltigen Wirtschaftens. Dabei sind wir von der Kraft der Innovation für den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt überzeugt. Verzicht und Verbote halten wir für den schlechteren Weg. Was technisch möglich ist, wollen wir viel stärker als bisher zu diesem Zwecke nutzen und als Chance für nachhaltiges Wirtschaften entwickeln – vor dem Hintergrund klarer ethischer Orientierungsmaßstäbe. Dabei können wir auf die Erfolge der deutschen Wirtschaft, unserer Universitäten, unserer Hochschulen und Institute in den Bereichen Energietechnik, Umwelttechnologie, Klimaschutz und erneuerbare Energien bauen.

Wir wollen, dass Forschung und Innovation künftig noch viel schneller und breiter in Geschäftsmodelle mündet. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen hochschulischer, institutioneller und außeruniversitärer Forschung vor allem mit dem Mittelstand intensiviert werden. Wir wollen u. a. die Durchführung von Kollaborationstagen, um Unternehmen und Forschung zusammenzubringen, auch mit Hilfe der Wirtschaftsverbände. Wir unterstützen die Einrichtung von „Ideenboxen“ in den Forschungseinrichtungen, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihren Forschungsbedarf, aber auch Innovationsprobleme zu adressieren und mit der Wissenschaft daran zu arbeiten. Ortsnahe und für alle Bereiche offene Erfahrungs- und Experimentierräume für Unternehmen (Fab Labs) sollen hier ebenfalls Hürden beseitigen. Neue digitale Technologien und Werkzeuge verändern die Welt, sind aber oftmals sehr abstrakt. Unternehmen müssen ortsnah und kostenlos erleben und ausprobieren können, welche Nutzungsmöglichkeiten mit neuen Technologien wie additiver Fertigung, Robotern und Drohnen sowie Blockchain und KI verbunden sind. Beraterstrukturen für



Technologietransfers müssen erheblich gestärkt und ausgebaut und weitere KI-Transferzentren errichtet werden. Dafür in Frage kommende Standorte in den neuen Ländern oder in besonders von strukturellen Veränderungen betroffenen und damit schwächeren Regionen nehmen wir besonders in den Blick. Vor allem kleine Unternehmen haben oft keinen ausreichenden Zugang zur Wissenschaft oder scheuen sich, diesen aufzunehmen. Deshalb bedarf es der Mittlerfunktionen zwischen Unternehmen und Hochschulen, um den Innovationsprozess zu fördern, zu unterstützen und daraus Innovationen in Geschäftsmodelle fließen zu lassen. Wir wollen, die von Behörden und öffentlichen Einrichtungen erhobenen offenen Daten für Menschen zugänglich und damit nutzbar machen. Voraussetzung dafür ist, dass die Daten nicht personenbezogen sind oder anderen schutzwürdigen Belangen unterliegen. Durch Offenlegung der Verwaltungsdaten können digitale Innovationen gefördert, Synergien innerhalb der Verwaltungen ermöglicht sowie bessere Entscheidungsgrundlagen für Politik und Gesellschaft geschaffen werden. Ferner kann Open Data für Startups innovative Geschäftsmodelle eröffnen.

Die Wirksamkeit und Bedeutung staatlicher Förderung von Grundlagenforschung sowie von Forschung und Entwicklung ist unbestritten. Dabei kann Deutschland auf ein leistungsfähiges und wettbewerbsfähig ausgestaltetes Netzwerk industriepolitischer Förderungen aufbauen – hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Wir setzen uns für die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, unabhängig von Konjunktur und Steuerüberschüssen ein. Zu ergänzen ist diese politische Prioritätensetzung durch eine konsequente und laufende Überprüfung bestehender wissenschaftlicher, innovations- und industriepolitischer Förderungen im Hinblick auf Ausmaß sowie zieladäquate und effiziente Mittelverwendung. Finanzielle Förderung von Forschung und Innovationen muss sich dabei immer am Grundsatz der Technologieoffenheit orientieren, denn die Förderung nur einzelner Technologien bedeutet immer auch eine Bevorteilung zu Lasten einer möglichen, am Ende vielleicht sogar besseren Alternative. Technologieoffenheit setzt auch voraus, dass Innovationen nicht von vorne herein durch einen zu engen europäischen oder nationalen Rechtsrahmen ausgeschlossen bzw. erheblich erschwert werden. Vor allem sind Innovationswettbewerbe geeignet, das hohe Gut der Technologieoffenheit zu fördern. Welche Technologien welches Potenzial haben, lässt sich im Vorhinein kaum vorhersagen. Nur mit Technologieoffenheit kann deshalb sichergestellt werden, dass am Standort Deutschland die Technologien weiterentwickelt werden und zur Anwendung kommen, die auch international wettbewerbsfähig sind. Wir wollen eine Lenkungswirkung hin zu vielversprechenden Technologien über – am besten europäische – Forschungseinrichtungen und Spitzenuniversitäten als „Leuchtturmprojekte“ mit entsprechender Signalwirkung für bestimmte Technologiefelder erreichen. Die Setzung aktiver, technologieoffener Innovationsanreize sollte überdies durch eine „öffentliche Nachfrage nach Innovationen“ im Bereich der eigenen Aufgabenerfüllung sowie in gesellschaftlich relevanten Bereichen (z. B. E-Government, Infrastruktur, Sicherheit, Gesundheit, Klimaschutz) erfolgen.

Zu viele gute Ideen unserer Forscher bleiben in ihren Köpfen oder werden zuerst im Ausland verwertet. Es können und müssen daraus viel mehr innovative Produkte und

Dienstleistungen in Deutschland entstehen. Wir brauchen deshalb einen neuen Aufbruch für eine offene Innovationskultur. Dabei gilt es, die Bereitschaft privater und institutioneller Anleger zu erhöhen, in die Gründungs- und Wachstumsphase von Startups und Hightech-Unternehmen zu investieren. Eine nachhaltige Innovationspolitik zielt darauf ab, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, den sozialen Ausgleich zu wahren und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Das erfordert ein breites Innovationsverständnis. Es geht deshalb nicht nur um Technologien, sondern auch um soziale Innovationen. Diese zielen darauf ab, für die Herausforderungen der Gesellschaft neue Organisationsformen und tragfähige soziale Lösungen zu finden. Beispiele sozialer Innovationen sind Strukturen wie Mehrgenerationenhäuser, Vernetzungs-Plattformen oder Tauschbörsen-Apps. Sie lassen sich in nahezu allen Sektoren wiederfinden, so z. B. in der Bildung (Elterninitiativen, Kiron University), den Finanzen (Crowdfunding), der Pflege/Gesundheit (Seniorenpatenschaften) oder dem Verkehr (Bike- und Carsharing). Richtig ausgestaltet sind soziale Innovationen ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigeren Entwicklung. Sie bieten viele Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung am Innovationsprozess. Hier müssen wir Wege finden um einen größeren Teil der Bevölkerung zu erreichen als bisher. Wir brauchen Experimentierräume und Reallabore, die die Einbeziehung von Gesellschaft und Wirtschaft in Innovationsprozesse schon früh ermöglichen und Akzeptanz sowie Nutzung in einer frühen Phase anlegen. Für insbesondere die neuen Länder und strukturschwache Regionen mit Stärkungsbedarf können Erprobungsräume mit weniger Regulierung eine Chance sein, um neue Geschäftsmodelle vor Ort zu etablieren. Denn die konsequente Förderung der Fähigkeit und Bereitschaft zum Wandel wird, auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene, eine wichtige Zukunftskompetenz sein. Die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – mit eigenverantwortlicher Leistungsbereitschaft, Chancengleichheit und individuellen Freiheitsrechten – sind auch hier die Richtschnur für uns.

### **Erfolgreiches und nachhaltiges Unternehmertum**

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von wettbewerbsfähigen und innovativen Unternehmen sowie verantwortungsbewussten Unternehmern. In Deutschland tragen gerade der Mittelstand und die Familienunternehmen mit ihren vielen gut ausgebildeten Fachkräften maßgeblich zum Wohlstand unseres Landes bei. Diese starken Unternehmer haben in unserem Land eine Kultur geprägt, in der Leistung, Erfahrung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein offener Umgang mit unternehmerischen Fehlern grundsätzlich Wertschätzung erfahren, und mit der Verantwortung für das Produkt, die Beschäftigten, die Umwelt und die Gesellschaft verbinden. Kurzum: Hier fallen Entscheidungsverantwortung und Haftung zusammen. Unternehmerische Freiheit ist verbunden damit, dass man auch für Verluste und Folgen von Fehlverhalten einstehen und der „ehrbare Kaufmann“ kein Fremdwort ist. Wir wollen diese Kultur der unternehmerischen Verantwortung erhalten und fördern. Zur Unternehmenskultur zählt auch eine vielfältige Führungsebene und Belegschaft, die Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, weltanschaulicher und sexueller Orientierung und Behinderung sowie Gemeinsamkeiten der Menschen im Unternehmen anerkennt, wertschätzt und einbezieht. Vorausdenkende Unternehmen haben erkannt, dass eine

solche Personalpolitik erheblich zum Unternehmenserfolg beitragen kann. Unterschiedliche Perspektiven erhöhen die Kreativität und Innovationsfähigkeit bei Problemlösungen oder bei der Entwicklung von Produkten. Gemischte Teams erzielen bessere Ergebnisse.

Entscheidender Vorteil des Standorts Deutschland ist aber auch unsere leistungsfähige Industrie. Gerade in ihr verschmelzen die wirtschaftlichen Erfolge der Vergangenheit mit Wertschöpfung und Innovationskraft in der Gegenwart und für die Zukunft. Deshalb war es richtig, dass Deutschland auf den in etlichen Ländern gelebten und vielfach gepriesenen Trend der Jahrtausendwende hin zu einer reinen Dienstleistungsgesellschaft nicht aufsprang. Wir wollen daher auch in Zukunft Industrie und Mittelstand bzw. Unternehmern, Investoren und Gründern einschließlich Start-Ups sehr gute Rahmenbedingungen bieten. Dabei gilt es, die spezifischen Anliegen verschiedener Wirtschaftsbereiche, wie etwa der maritimen Wirtschaft, zu berücksichtigen. Sie sollen im Wettbewerb mit bestehenden Geschäftsmodellen um die beste Lösung für die Menschen konkurrieren. Unser Ziel ist, dass die erfolgreichen Unternehmen von morgen bereits heute bei uns gegründet werden – denn das hat uns in Deutschland stark gemacht. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu übernehmen. Dazu brauchen wir einen passenden Regulierungsrahmen. So wollen wir etwa den Verwaltungsaufwand bei Firmengründungen durch Entbürokratisierung verringern und beschleunigen, beispielsweise durch den Aufbau eines „One-Stop-Shops“. Wir wollen mit dem Abbau verzichtbarer Vorschriften den Weg für Innovationen in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft freimachen. Dazu werden wir konkrete Bürokratieabbauziele definieren, etwa durch Vorgabe von Zielwerten pro Legislaturperiode.

Wir sind nach wie vor das Land von Erfindungsgeist und Innovation. Unsere Wirtschaft ist stark darin, ressourceneffiziente Systemlösungen in vielen Bereichen zu entwickeln, wie sie unverzichtbar sind für eine nachhaltige Entwicklung. „Made in Germany“ steht seit Jahrzehnten für Qualitätsprodukte aus Deutschland. Dies soll in Zukunft auch für eine besonders nachhaltige Wirtschaft stehen. Dazu sind Weichenstellungen erforderlich, damit mehr Menschen Neues wagen und Innovationen anstoßen. Wir müssen einerseits die Bedingungen für Wagniskapital als Standortfaktor deutlich verbessern. Eine Behebung dieses Missstandes erfordert jedoch weniger die Ausweitung öffentlicher Fördergelder, deren Anteil in Deutschland und Europa im internationalen Vergleich schon sehr hoch ist, sondern vielmehr strukturelle Veränderungen, die es ermöglichen, mehr privates und institutionelles Wagniskapital zur Verfügung zu stellen. Andererseits brauchen wir eine geänderte Kultur des staatlichen Umgangs mit Bürgern und Unternehmern: Anstatt vielfach ein „Buch mit sieben (föderalen) Siegeln“ zu sein, sollte es zügig gelingen, dass der Staat als einheitlicher Dienstleister auftritt. Bund, Länder und deren Kommunen sollten dem Bürger gegenüber einheitlich ihre Dienste anbieten. Die Digitalisierung bietet hierfür Chancen über ein einheitliches Portal. Hier sollen Anliegen gegenüber dem Staat gebündelt und zeitnah beantwortet werden. Eine zusätzliche Genehmigungsfiktion bei nicht fristgerechter Entscheidung wollen wir einführen.

Zu guten Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie gehört auch eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung, die den Veränderungen im globalen Steuerwettbewerb gerecht wird. Dabei müssen wir eine faire Besteuerung von Unternehmen sicherstellen und Finanzierungsneutralität herstellen. Die steuerlich nachteilige Behandlung von Eigenkapitalfinanzierungen trifft gerade digitale Geschäftsmodelle und Startup-Unternehmen. Beide sind in höherem Maße auf Eigenkapitalfinanzierung angewiesen, da sie typischerweise kaum über Anlagevermögen verfügen, das als Sicherheit für Fremdkapitalfinanzierungen dienen könnte. Zudem können sie in Gründungsphasen nur geringe Cash-Flows ausweisen.

Darüber hinaus wollen wir ein Steuerentlastungspaket, das ohne neue Schulden insbesondere auf der schnellen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags, auf steuerlicher Forschungsförderung und auf einer Unternehmenssteuerreform aufbaut. Im Sinne einer Politik, die die Bedeutung des Mittelstandes in den Mittelpunkt stellt, sollen dabei bürokratische Hemmnisse abgebaut und Personenunternehmen mit Kapitalgesellschaften gleichgestellt werden. Insgesamt soll damit die Steuerlast von Unternehmen in Deutschland auf höchstens 25 Prozent gedeckelt werden. Im Sinne umfassender Nachhaltigkeit brauchen wir einen Doppel-Deckel für Emissionen und für Steuern. Klimaschutz und Unternehmensentlastung bringen wir zusammen mit einer Initiative „Klimaneutrale Unternehmen“: Für Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO<sub>2</sub>-Reduktion inkl. CO<sub>2</sub>-Bindung sollen künftig Investitionen steuerlich deutlich schneller und besser abgesetzt werden können. Je früher die Investition erfolgt, desto höher der Steuervorteil. So setzen wir starke Anreize für Investitionen in Klimaschutz und bringen Natur und Konjunktur zusammen – als wichtiger Baustein einer Klimateffizienzreform. Wir wollen starke Unternehmer in unserem Land und setzen auf eine Kultur, in der Leistung, Erfahrung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein offener Umgang mit unternehmerischen Fehlern mehr Wertschätzung erfahren. Dabei muss gelten: Entscheidungsverantwortung und Haftung fallen zusammen. Wer unternehmerische Freiheit will muss auch für Verluste und Folgen von Fehlverhalten einstehen.

### **Zukunftsfähige Rahmenbedingungen im Bereich Energie und Verkehr**

Unser Energiesystem der Zukunft muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Wir dürfen den Verbraucher und die Wirtschaft hier nicht überbelasten und müssen den marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen. Dringend müssen wir gerade dafür den notwendigen Speicher- und Netzausbau anpacken, ist er doch wichtige Voraussetzung für die zukünftige Versorgungssicherheit mit und Bezahlbarkeit von Strom – insbesondere angesichts des Kernenergieausstiegs bis 2022 und des Kohleausstiegs bis spätestens 2038. Nur mit einem zügigen und konsequenten Netzausbau können drohende Engpässe vermieden werden, kann der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien durch Synchronisation mit dem Netzausbau im notwendigen Ausmaß erfolgen. Wir wollen auch die bessere europäische Verknüpfung der Strom- bzw. Energienetze, um Energie aus unterschiedlichen Quellen und Regionen liefer- und nutzbar zu machen. Sinnvolle Bündelungsmöglichkeiten mit anderer Infrastruktur, z. B. Autobahnen, sollen genutzt werden, um Eingriffe in Natur und

Landschaft zu begrenzen. Den Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen beim Netzausbau werden wir dabei im Sinne der Nachhaltigkeit durch die Bundeskompensationsverordnung minimieren. Speicherdienstleistungen müssen wirtschaftlich attraktiver werden. Dabei werden wir Speicherlösungen technologieneutral voranbringen, sofern sie nicht zum weiteren Ausstoß von klimaschädlichen Gasen führen. Wir wollen sichere Versorgung und mehr Wettbewerb.

Der Kohleausstieg ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende und damit eine zentrale Maßnahme für mehr Klimaschutz. Er muss zur Reduzierung der Menge der Emissionszertifikate genutzt werden. Zugleich stellt er die betroffenen Braunkohle-Revier und Regionen vor große Herausforderungen. Wir bekennen uns zu dem von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Natur- und Umweltschutzverbänden getragenen Kompromiss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und dem darin vereinbarten Fahrplan und Maßnahmenkatalog. Die Akteure vor Ort müssen über ihre Kommunen eng in den Umsetzungsprozess einbezogen werden.

Mit digitalen Informations- und Steuerungsmöglichkeiten wird eine effizientere Nutzung des Bestandsnetzes möglich. Die digitale Echtzeit-Energiewirtschaft ermöglicht durch die Öffnung und Vergrößerung von Märkten für Stromerzeugungseinheiten, Energiespeicher und Lasten, das Energiesystem deutlich marktwirtschaftlicher und effizienter auszurichten. Zudem kann die dezentrale, lokal aufgestellte Erzeugung erneuerbaren Stroms künftig einen relevanten Beitrag leisten. Technologien wie „Power-to-X“ und energetische Nutzung von Biomasse werden unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit mit entsprechenden Transport- und Einsatzmöglichkeiten und unter Einsatz von Digitalprozessen eine deutlich nachhaltigere Stromversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien ermöglichen. Darüber hinaus ist sie für die von uns gewollte Sektorenkopplung im Klimaschutz wichtig. Entscheidendes Kriterium wird auch beim Umbau des Energiesystems die Technologieoffenheit sein. CO<sub>2</sub>-freier Strom wird zunehmend zum Primärenergieträger werden. Deshalb wollen wir, dass Strom künftig in Abhängigkeit von seiner Emissionsintensität belastet wird. Die Ausbildung der Bepreisung durch den Emissionshandel im Verkehr und Gebäudebereich wollen wir durch einen verbindlichen und unbürokratischen Entlastungspfad im Bereich der EEG-Umlage und der Stromsteuer begleiten. Ziel ist, die EEG-Umlage unter Wahrung von Bestandsschutz so schnell wie möglich ganz abzuschaffen und die Stromsteuer auf das europäische Minimum zu reduzieren. Leitplanke für unser Energiesystem der Zukunft muss nicht das Fördern oder Verbannen bestimmter Energieträger oder Technologien sein, sondern einzig und allein die Reduktion von Treibhausgasemissionen als Orientierungsgröße. In diesem Sinne werden wir unsere Energiesetze der neuen Versorgungssituation vor dem Hintergrund des Klimaschutzes anpassen, indem wir die Vielzahl der Gesetze und Verordnungen, die oftmals nebeneinander bestehen, straffen und systematisieren. Nur mit Technologieoffenheit kann deshalb sichergestellt werden, dass am Standort Deutschland die Technologien weiterentwickelt werden und zur Anwendung kommen, die auch international wettbewerbsfähig sind.

Auch der Bereich Verkehr ist für den Standort Deutschland von herausragender Bedeutung. Individuelle und kollektive Mobilität sind ein entscheidendes Rückgrat unserer wirtschaftlichen Entwicklung und für viele auch positives Lebensgefühl. Allerdings gilt es, im Verkehrsbereich die vorhandenen Möglichkeiten effizienter zu nutzen und einen höheren Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten. Auch die negativen Effekte des Verkehrs wie Treibhausgasemissionen, Stau, Unfälle, Flächenverbrauch und Schadstoffe werden bisher im Preismechanismus nur teilweise erfasst. Wir wollen daher Schritt für Schritt nutzungs- und wirkungsbezogen umsteuern. In diesem Zusammenhang soll die Möglichkeit der Ausweitung der bisherigen Lkw-Maut ab 7,5 Tonnen auch auf alle Landesstraßen und kommunalen Straßen nach Schweizer Vorbild und eine mögliche Verwendung der daraus den Ländern und kommunalen Ebenen zukommenden Mittel zur Stärkung des ÖPNV geprüft werden. Nachhaltiges Handeln im Verkehrsbereich ist nur möglich, wenn die Infrastruktur darauf ausgerichtet ist. Wir brauchen daher vor allem mehr und bessere Schienenverbindungen im Fern- und Nahverkehr, auch im Sinne einer nachhaltigen Strukturpolitik. Vonnöten sind mehr, bessere und sichere Radwege und ausgebaute Wasserstraßen mit Brückenhebungen sowie größeren Schleusen, um mehr Güter von überbelasteten Straßen zu holen. Zugleich muss das Straßennetz intakt gehalten werden und noch vorhandene Lücken, die zu hoher Ineffizienz führen, müssen geschlossen werden. Und wir brauchen mehr Wettbewerb auf der Schiene. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG muss gleichberechtigter Marktteilnehmer auf dem staatlichen Schienennetz sein und darf nicht rechtlich oder faktisch privilegiert werden gegenüber privaten Anbietern. So hat beispielsweise die Öffnung des Fernbusmarktes für neue Anbieter gezeigt, dass Wettbewerb nicht nur zu deutlich niedrigeren Preisen, sondern auch zu höherer Qualität führt. Zudem gilt es, die Frage zu diskutieren, ob nicht der Aufbau und Erhalt von Infrastruktur in den hoheitlichen Bereich gehören, wobei der Betrieb in den Wettbewerb privater Anbieter gestellt werden sollte. Insbesondere natürliche Monopole wie beispielsweise Infrastrukturnetze können in staatlicher Hand bzw. staatlich reguliert sein. Insgesamt brauchen wir im Straßen-, Schienen-, Luft- und Wasserverkehr auch über die CO<sub>2</sub>-Bepreisung hinaus Anreizinstrumente für emissionsfreie Antriebstechnologien und Treibstoffe. Dabei können verschiedene Wasserstoff-Technologien und sinnvolle Beimischungsquoten bei Kraft- und Heizstoffen eine wichtige Rolle spielen.

Des Weiteren bedarf es eines zügigen Ausbaus der digitalen Infrastruktur sowie der „Digitalisierung“ des Staates als Dienstleister gegenüber Bürgern und Unternehmen, aber auch in internen Abläufen. Gerade die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, vorhandene Infrastrukturen durch Vernetzung und Automatisierung besser zu nutzen und beispielsweise den Verkehrsfluss effizienter zu gestalten. Auch dadurch können Staus verringert, Kraftstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden. Die Digitalisierung des ländlichen Raums kann auch einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und Verkehrsvermeidung leisten, denn sie bringt Chancen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor Ort und ermöglicht mobiles Arbeiten.

## **Planungsbeschleunigung**

Um sich im internationalen Standortwettbewerb behaupten zu können, ist die Bereitstellung moderner und leistungsfähiger Infrastruktur unerlässlich, sowohl im digitalen als auch im analogen Bereich. Denn wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Umsteuerung hängen wesentlich an der Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur: Das betrifft den Netzausbau für die flächendeckende Versorgung mit Strom und anderen Energieträgern aus erneuerbaren Quellen; das betrifft das Schienennetz für klimafreundlichen Bahnverkehr ebenso wie Straßen und Wasserwege. Als exportstarke Wirtschaftsnation im Herzen Europas brauchen wir leistungsfähige Verkehrs- und Transportwege, um diesen Weg weitergehen zu können. Die immer deutlicheren Wettbewerbsnachteile durch den mangelnden Ausbau der Infrastrukturen sind nicht länger hinnehmbar, wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen. Deutschland braucht eine konsequente und drastische Beschleunigung bürokratischer Abläufe, um als Standort wieder attraktiver zu werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bzw. Betriebe brauchen schlanke, nachvollziehbare und erfüllbare Regelungen. Langwierige Genehmigungsverfahren, eine allzu oft nicht effiziente Klärung von Rechtsfragen und übermäßig ausgeprägte Einspruchsmöglichkeiten können entscheidende Hindernisse für Investitionen oder gefährliche Wettbewerbsnachteile für Unternehmen sein, die in harter internationaler Konkurrenz stehen. Gerade Infrastrukturprojekte, aber auch Genehmigungen für Unternehmensansiedlungen oder -erweiterungen, ziehen sich in Deutschland oft zu lange hin.

Dabei steht den dringend notwendigen Investitionen in zentrale Infrastrukturprojekte nicht die Schuldenbremse im Weg: Angesichts der Rekordsteuereinnahmen und stark zurückgegangener Finanzierungslasten für Altschulden fehlt es dem Staat nicht an Geld. Vielmehr sind es Blockaden durch planungs- und umweltrechtliche Vorgaben, die nicht mehr tragbar sind. Das Planungsrecht ist für heutige Verhältnisse nicht mehr zeitgemäß. Deshalb wollen wir die rechtlichen Vorgaben so anpassen, dass schneller geplant und gebaut werden kann. Dazu wollen wir die Abläufe in Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen und für national bedeutsame Bauprojekte ein Parlamentsgenehmigungsrecht einführen. Wir streben eine Verkürzung des Instanzenweges, die Wiedereinführung der Präklusion, die Beschränkung des Verbandsklagerechts auf direkte Betroffenheit und eine Verkürzung von Genehmigungsfristen oder die Einführung von Genehmigungsfiktionen an. Grundsätzlich verpflichten wir uns auf einen Verzicht der Übererfüllung von EU-Vorschriften im Zuge der Umsetzung in nationales Recht und auf den Einsatz für die Rücknahme übertriebener EU-Vorgaben insbesondere bei den Regeln zur öffentlichen Vergabe. Wir wollen frühzeitig die Bürgerinteressen einbinden und die Beteiligungsverfahren verkürzen. Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung ausnutzen und ausreichend Planungspersonal in den Behörden einsetzen. Von der Reform des Planungsrechts hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ab, gerade im Hinblick auf Projekte wie die Energiewende oder den Klimaschutz. Hier brauchen wir einen nationalen Kraftakt, um Potenziale freizusetzen.

## **Bildungs- und Exzellenzinitiative – Weiterbildung**

Ein leistungsfähiges Bildungssystem war in der Vergangenheit Garant dafür, dass der Standort Deutschland in der Lage war, Wellen des technologischen Fortschritts nicht nur zu bewältigen, sondern zur Schaffung von Wohlstand zu nutzen. Dies gilt auch für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Standorts. Wir wollen, dass die besten und klügsten Köpfe aus Deutschland kommen und es gleichzeitig für junge Menschen selbstverständlich wird, lokal, global und interdisziplinär zu denken und zu handeln. Im Mittelpunkt der schulischen Bildung soll daher die Vermittlung von Fachwissen und Methodenkompetenzen stehen. Im Unterricht lernen die Schülerinnen und Schüler grundlegende Strukturen und Zusammenhänge der Naturwissenschaften, Technikwissenschaften, Informatik und Mathematik sowie der Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie Fremdsprachen. Schule muss zugleich Neugier, Forschergeist, Weltoffenheit, vernetztes Denken, Teamfähigkeit und kollaborative Arbeitsweisen fördern.

Unsere Wirtschaftsleistung können wir nur mit qualifizierten Fachkräften sichern. Eine wichtige Grundlage hierfür ist unser duales Ausbildungssystem. Berufliche und akademische Bildung sind für uns dabei gleichwertig. Nur so können wir für Fachkräfte attraktiv bleiben. In vielen Fällen ist noch ungewiss, welche Fähigkeiten und Kompetenzen in der Zukunft erforderlich sein werden und auf welche Art und Weise diese am besten vermittelt werden können. Deshalb gilt es, in den Bildungssystemen Freiräume und Anreize zum Experimentieren und zur Erprobung von Innovationen zu schaffen, damit sich in einem Wettbewerb um den besten Ansatz überlegene Strategien durchsetzen können. Dabei werden die Erwartungen an die Schulen sowie die Anforderungen an den Unterricht und an die Lehrkräfte immer größer, insbesondere wenn es um die Nutzung digitaler Chancen und die Vermittlung digitaler Kompetenzen geht. Daher werden wir die Einführung eines Fachs „Informatische Bildung“ ab der Sekundarstufe I prüfen. Im Unterricht soll ein Grundverständnis von Algorithmen und selbstlernenden Systemen vermittelt werden, ebenso wie ein Bewusstsein für die Chancen und Risiken, die damit einhergehen. Darüber hinaus wollen wir bei der Digitalisierung unserer Schulen noch schneller vorankommen. Im Mittelpunkt muss dafür zwar zu allererst ein flächendeckender Breitbandanschluss und eine ausreichende Ausstattung mit digitalen Endgeräten stehen. Zusätzlich sind aber auch eine größere Unterstützung unserer Lehrkräfte durch entsprechende Fort- und Weiterbildungen sowie eine Erweiterung der Lehrerausbildung erforderlich.

Bereits Schülerinnen und Schüler sollen das selbstständige Unternehmertum als berufliche Option kennenlernen. Wir wollen darum Gründergeist bei jungen Menschen wecken und geeignete Projekte fördern. Unternehmertum bedeutet auch, Verantwortung für andere zu übernehmen, wir wollen die Werte des ehrbaren Kaufmanns vermitteln und die Grundsätze von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und die Bereitschaft, sich dem Wettbewerb mit anderen zu stellen, ist gesellschaftlich anzuerkennen – dies gilt für Schulen, Hochschulen wie auch die Gesellschaft insgesamt. Eine offene Innovationskultur bedeutet daher auch, dass Scheitern kein Stigma sein darf. Wir sprechen uns für die Etablierung einer Kultur der Beharrlichkeit aus. Für die Qualität des



Unterrichts sind die Lehrerinnen und Lehrer entscheidend. Ihre Eigenverantwortung für guten Unterricht gilt es angesichts ständig neuer Wissensinhalte zu stärken. Insbesondere kann ein „Clearing House Unterricht“ den Transfer der Forschungsergebnisse in die Schulpraxis beschleunigen. Ganztagschulen sind aufgrund ihrer lokalen Vernetzung besonders geeignet, eine heterogene Schülerschaft voranzubringen. Daher begrüßen wir den bedarfsgerechten Ausbau von offenen Ganztagsangeboten. Sie bieten eine Chance zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern. Die Schulen können mit den verschiedenen Angeboten ihr eigenes Profil schärfen und können so ihre Attraktivität erhöhen.

Es ist unbestritten, dass die Digitalisierung bereits zu weitreichenden Veränderungen am Arbeitsmarkt führt und weiterhin führen wird. Die digitale Transformation ist technologiegetrieben und erfordert eine neue Arbeits- und Lernkultur. Dabei ist nicht zu erwarten, dass dieser Wandel erhöhte „technologische Arbeitslosigkeit“ verursacht, solange es gelingt, die Kompetenzen und Fähigkeiten von Arbeitnehmern entsprechend der sich wandelnden Anforderungen zu fördern. Hierfür ist vor allem eine zielgerichtete Weiterbildungspolitik notwendig, die Eigeninitiative unterstützt. Bereits heute arbeiten viele Menschen in Berufsfeldern, in denen sich das Wissen alle fünf Jahre verdoppelt. Wir sehen Bund, Länder, Sozialpartner und Gesellschaft in der Pflicht, künftige Kompetenzbedarfe frühzeitig zu antizipieren (Nationales Kompetenz-Monitoring) und entsprechend in den Angeboten der Ausbildung, der Weiterbildung und der Umqualifizierung zu verankern. Dabei sind digitale Lernangebote eine Komponente. Simulationen können digitale Vernetzungen zu Praxisthemen schaffen und helfen, Kompetenzen in realitätsnahen Übungen zu entwickeln. Da digitale Bildungsangebote ortsungebunden und zeitlich flexibel zur Verfügung stehen, handelt es sich auch um einen effektiven Beitrag gegen den Fachkräftemangel und für die nachhaltige Entwicklung weltweit. Virtuelle Lernräume bieten gerade dem Mittelstand neue Chancen, ihre Mitarbeiter in zukunftsorientierten Arbeitsbereichen weiter zu qualifizieren. Andererseits kommen der Grundausbildung und der Vermittlung von Grundkompetenzen noch entscheidendere Rollen als bisher zu. Je früher Bildungsmaßnahmen ansetzen, desto größer ihr Effekt. Daher fordern wir, staatliche Bildungsausgaben stärker auf den frühkindlichen Bereich – und hier insbesondere die Sprachförderung – zu fokussieren. Deutschland ist ein Land, dessen Zukunftsfähigkeit entscheidend von den Fertigkeiten, Kompetenzen und Ideen seiner Menschen abhängt. Daher sprechen wir uns dafür aus, einen größeren Anteil unserer Wertschöpfung in Bildung – über den ganzen Lebensverlauf betrachtet – zu investieren. Unser Ziel ist es, die Bildungsinvestitionen auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben.

### **Gute Arbeit – Hohe soziale Sicherheit**

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist Grundlage für unseren Sozialstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Dabei spielen sowohl die Erwerbsarbeit als auch persönliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten eine zentrale Rolle für die materielle Absicherung: Die Erwerbsbeteiligung ist wichtige Grundlage eines weitgehend selbstbestimmten Lebens und damit zentrales Element von Nachhaltigkeit in der Gesellschaft.

Der Beschäftigungsboom seit 2005 war das Fundament für die enorme Verbesserung der sozialen Lage des allergrößten Teils der Bevölkerung. Deshalb ist ein Arbeitsmarktrahmen, der möglichst vielen Menschen Beschäftigung ermöglicht, eine wichtige Säule einer zukunftsgerichteten Sozialpolitik. Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind essenzielle Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft auf eine starke Mitbestimmung, den Schutz der Arbeitnehmerrechte und faire Arbeitsbedingungen in den Unternehmen vor Ort verlassen können. Dass in Deutschland gute Arbeit anständig entlohnt wird, ist deshalb ebenso zu begrüßen wie der damit einhergehende soziale Frieden. Auch dies hilft uns, Deutschland zu einem Standort für die „besten Köpfe der Welt“ zu entwickeln. Hierfür braucht es neben gesetzgeberischen Verbesserungen wie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch praktische und verfahrenstechnische Erleichterungen für potenziell an einer Einwanderung interessierte, qualifizierte Arbeitskräfte. Dazu gehören zum Beispiel transparente und zügige Verfahren, die unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen, aber auch deutlich mehr und zugleich deutlich stärker auf Fachkräfteanwerbung geschultes Personal in den Konsularabteilungen der deutschen Auslandsvertretungen.

Nachhaltigkeit am Arbeitsmarkt heißt aber auch, dem Wandel in der Arbeitswelt positiv entgegenzutreten und neue Perspektiven einzunehmen. Die Transformationstreiber – Globalisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz – führen zu einer sich zügig verändernden Arbeitswelt. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht immer dort, wo alte entfallen sind, sie erfordern andere Qualifikationen. Deshalb wollen wir den Strukturwandel regional- und arbeitsmarktpolitisch begleiten. Wir wollen die Beschäftigten durch Fort- und Weiterbildung auf neue Tätigkeiten vorbereiten. Wir wollen die Veränderungen der digitalen Arbeitswelt aktiv gestalten und Fehlentwicklungen verhindern, indem wir für ein ausgeglichenes Maß an Sicherheit und Flexibilität sorgen. Regelungen auf betrieblicher und tariflicher Ebene haben für uns Vorrang vor gesetzlicher Regulierung. Deshalb wollen wir den Sozial- bzw. Tarifpartnern möglichst große Spielräume bei der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen, um auch die Potenziale von Arbeit 4.0 voll ausschöpfen zu können. Dennoch ist das Arbeitszeitgesetz mit seinen täglichen Höchstarbeitszeiten in einer modernen, digitalen Arbeitswelt nicht mehr zeitgemäß. Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen flexibler arbeiten. Es ist deshalb erforderlich, das Arbeitszeitgesetz zu reformieren und dabei die Spielräume des EU-Rechts zu nutzen. Deshalb wollen wir anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit festlegen. Die entsprechende Regelung soll für tarifgebundene und tarifungebundene Unternehmen gelten.

Eine sich ändernde Arbeitswelt und demografische Veränderungen bedingen auch fortwährenden Strukturwandel in unseren sozialen Sicherungssystemen. Die Soziale Marktwirtschaft organisiert durch einen starken Sozialstaat die Solidarität in unserer Gesellschaft und schafft so ein verlässliches Sicherheitsnetz, das den Menschen Mut und Zuversicht gibt, Änderungen als Chance und weniger als Bedrohung zu begreifen. Die Sozialversicherungen sorgen dafür, dass die großen Lebensrisiken auf alle Schultern verteilt werden: gegen Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, für das Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Gleichzeitig muss aber

gerade in der Rentenversicherung klar werden, dass sich Beiträge lohnen. Wir wollen sie an ihrer Grenze zum Grundsicherungssystem wieder leistungsgerechter gestalten. Unser Ziel ist, dass jemand, der gearbeitet und eingezahlt hat, am Ende spürbar mehr hat, als jemand, der nicht eingezahlt hat. Zudem stehen wir zu unserem generationengerechten Drei-Säulen-Altersvorsorgesystem, das eine Lebensstandardsicherung gemeinsam durch gesetzliche, betriebliche und private Rente garantiert und wollen dieses weiter stärken. Dazu gehört auch die Einführung einer säulenübergreifenden Renteninformationsplattform, auf der die eigenen Ansprüche aus allen drei Säulen klar und verständlich dargestellt werden. Insgesamt dürfen nachfolgende Generationen durch nicht bezahlbare Versprechen in der gesetzlichen Rente nicht überlastet werden. Zudem muss auf die besondere Situation in den neuen Ländern geachtet werden, wo betriebliche und private Altersvorsorge nicht im gleichen Maß aufgebaut werden konnten.

Für viele Menschen ist die gesetzliche Rentenversicherung bei der Altersvorsorge, neben der betrieblichen und privaten Vorsorge, die tragende Säule. Wir wollen ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten – auch bei steigender Lebenserwartung – fair und nachvollziehbar verteilt. Daher muss bei zukünftigen generationengerechten Reformen verstärkt auch auf die fiskalische Nachhaltigkeit geachtet werden, um die Solidargemeinschaft der Beitragszahler nicht finanziell zu überfordern. Gleichzeitig müssen wir das Vertrauen der aktiven Generation von heute und morgen in die gesetzliche Rentenversicherung stärken und klar kommunizieren, wie sich zum Beispiel das Niveau der Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung entwickeln wird. Ebenfalls muss die zweite und dritte Säule der Alterssicherung weiter gestärkt werden, damit möglichst jeder Arbeitnehmer betrieblich und privat vorsorgen und das Umlageverfahren, gerade in der demografisch schwierigen Zeit zwischen 2030 und 2050, entlastet werden kann. Dazu gehört auch eine stärkere steuerliche Entlastung von Beitragszahlern und Rentenbeziehern. Wir wollen die private Altersvorsorge für die Menschen effizienter machen und ein einfaches, transparentes und innovatives Standardvorsorgeprodukt mit niedrigen Abschluss- und Verwaltungskosten entwickeln. Eine wichtige soziale Frage unserer Zeit ist auch das Thema Wohnen. Wir brauchen daher gerade für Normalverdiener geeigneten Wohnraum zu bezahlbaren Preisen in auskömmlichem Umfang. Darüber hinaus brauchen Menschen, die sich aus eigener ökonomischer Kraft nicht am Wohnungsmarkt versorgen können, zusätzliche staatliche Unterstützung. Mit einem leistungsstarken Wohngeld und einem steigenden Bestand an Sozialwohnungen bzw. Belegungsrechten wollen wir das sicherstellen. Wir setzen auf gute Rahmenbedingungen für mehr Neubau in allen Preissegmenten - eingebettet in ein sozial ausgewogenes Mietrecht und eine effiziente Wohneigentumsförderung. Bei den Investitionen in den Mietwohnungsmarkt ist die Gesellschaft auf kommunale Unternehmen, Genossenschaften und die privaten Immobilieneigentümer als starke Partner angewiesen. Sie brauchen ein investitionsfreundliches Steuerrecht, ein schlankes Planungs- und Bauordnungsrecht sowie der Verzicht auf überbordende Bürokratie. Wir sprechen uns daher z. B. für eine Bundesbauordnung aus, von der die Länder nur in definierten Einzelpunkten abweichen dürfen.

## **Nachhaltige Haushaltspolitik**

Wir stehen für eine verantwortungsvolle und solide Haushalts- und Finanzpolitik ein, die vorausschauend handelt und im Sinne der Nachhaltigkeit an morgen denkt. Es gilt, die Handlungsspielräume unserer Kinder und Enkel zu vergrößern. Anstatt ihnen Kosten aufzubürden, wollen wir ihnen eine intakte Infrastruktur und finanzielle Spielräume hinterlassen. Daher bekennen wir uns zum Vertrag von Maastricht, zum EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt, zur grundgesetzlichen Schuldenbremse sowie zur „Schwarzen Null“. Eine Vergemeinschaftung von Schulden auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Um die öffentlichen Finanzen auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen, werden wir alle Ausgaben und Aufgaben des Staates überprüfen und ein zukunftsfähiges und generationengerechtes Haushaltskonzept erstellen. Dabei muss auch in einer neuen Föderalismuskommission nach dem Grundsatz der Subsidiarität geprüft werden, ob der Bund, die Länder oder die Kommunen die jeweilige Aufgabe am besten bewältigen können. Dabei bleibt die Daseinsvorsorge Kern kommunaler Selbstverwaltung. Wir wollen die Prioritäten so setzen, dass die verfügbaren öffentlichen Mittel effizient für die richtigen Zukunftsaufgaben eingesetzt werden und wir so mit jedem Euro mehr erreichen. Öffentliche Investitionen haben dabei hohe Priorität. Wir wollen sie besser planen und umsetzen. Dazu wollen wir das Planungsrecht auf Hindernisse überprüfen und es so ausgestalten, dass das Geld für Investitionen schneller und effizienter abgerufen wird.

Deutschland verfügt über eines der besten sozialen Sicherungssysteme weltweit. Es ist einzigartig in seiner Konzeption und elementarer Bestandteil unserer Sozialen Marktwirtschaft. Von dem hohen Maß an sozialer Sicherheit sollen auch unsere Kinder und Enkel profitieren. Daher müssen auch bei der sozialen Sicherheit Aspekte der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit beachtet werden. Denn Leistungszusagen, die wir heute geben, müssen in der Zukunft durch Beiträge und Steuern finanziert werden. Nur wenn Leistungsversprechen und ihre Finanzierung in der Balance bleiben, wird unser Soziales Sicherungssystem stabil bleiben und auch künftig Akzeptanz finden. Die Versicherten sollen die Gewissheit haben, dass die von ihnen gezahlten Beiträge für ihre soziale Sicherung eingesetzt werden. Deshalb müssen soziale Versicherungssysteme auch nationale Angelegenheit bleiben. Ein europäisches Arbeitslosenversicherungssystem oder ein Rückversicherungssystem schaffen keine Anreize für eine nationale Reformpolitik.

## **Finanzielle Spielräume vergrößern**

Wir wollen finanzielle Spielräume schaffen, damit sich möglichst viele Menschen in Deutschland ein Vermögen aufbauen können. Daher wollen wir die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft stärker entlasten, damit sie genug finanziellen Spielraum haben, um über den entscheidenden Anteil ihres Einkommens selbst verfügen zu können. Denn für uns ist klar: Leistung muss sich lohnen! Unser Ziel ist es, eine leistungsgerechte Einkommensbesteuerung sicherzustellen und die durchschnittliche steuerliche Belastung vor allem für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen zu reduzieren.

Dazu wollen wir:

- den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen,
- die negativen Wirkungen der kalten Progression weiterhin jedes Jahr ausgleichen,
- den Betrag, bei dem der Grenzsteuersatz von 42 Prozent fällig wird, spürbar anheben,
- den Tarifanstieg vor allem im unteren und mittleren Bereich („Mittelstandsbauch“) abflachen,
- den Werbungskostenpauschbetrag angemessen weiterentwickeln,
- den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Grundfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen, um Familien zu entlasten.

Zudem wollen wir den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,5 auf 2,0 Prozent reduzieren, um auch Bezieher niedriger Einkommen zu entlasten.

Wir wollen die vermögenswirksamen Leistungen attraktiver gestalten, indem wir die Arbeitnehmersparzulage und die Wohnungsbauprämie erhöhen sowie die Einkommensgrenze anheben. Auch die Voraussetzungen für Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer wollen wir weiter verbessern, denn sie sind gelebte Sozialpartnerschaft. Dazu werden wir die steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Rahmenbedingungen zur Mitarbeiterbeteiligung attraktiver gestalten. Gewinn- und Kapitalbeteiligungen stärken die Verbundenheit der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen, fördern das Miteinander und eröffnen den Beschäftigten eine neue Einkommensquelle. Zum anderen lassen sich Unternehmensnachfolgen durch Mitarbeiterkapitalbeteiligungen vereinfachen, indem bisherige Unternehmer den Betrieb an die Belegschaft oder Teile davon übergeben. Dadurch können Unternehmen und Arbeitsplätze gesichert werden. Die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Unternehmen wollen wir positiv begleiten. Insbesondere in vielen Startups ist diese Form Teil der Vergütung. Deshalb wollen wir die Versteuerung erst dann ansetzen, wenn aus diesen Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden.

Wohneigentum ist eine wichtige Form der Alterssicherung, die wir fördern wollen. Wir wollen die Nebenkosten beim Haus- und Wohnungskauf reduzieren. So wollen wir in Absprache mit den Ländern die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums ermöglichen, um damit insbesondere Familien mit Kindern zu entlasten. Zudem werden wir prüfen, wie weitere Nebenkosten des Grunderwerbs reduziert werden können.

Wir wollen Möglichkeiten für nachhaltige Geldanlagen verbessern. Um die Stabilität des Finanzsystems sicherzustellen, müssen auch die Risiken nachhaltiger Finanzprodukte bei der Regulierung entsprechend berücksichtigt werden. Grundsätzlich setzen wir auf Wettbewerb um die besten Angebote. Dabei ist wichtig, dass Anleger über Chancen und Risiken angemessen informiert und bei ihren Anlageentscheidungen nicht bevormundet werden. Eine Pflicht, nachhaltige Finanzprodukte anbieten zu müssen, lehnen wir ab.

#### **IV. Ausblick**

Wir wollen unserem Standort Deutschland starke Impulse geben und neuen Schwung verleihen. So stellen wir die Weichen für einen weiterhin wachsenden, nachhaltigen Wohlstand für uns, unsere Kinder und Enkel. Die vielen Herausforderungen, die vor uns liegen, gehen wir mit Optimismus und Tatendrang an. Denn nur so können wir sie erfolgreich bewältigen. Dabei vertrauen wir auf die Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft. Und wir vertrauen auf den Mut und die Kraft der Menschen in Deutschland. Denn eine wirklich zukunftsorientierte Politik ist nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich.